1. Einmal in die Alpen oder nach Mallorca,

2. statt Trabi und Wartburg einen guterhaltenen Opel oder VW fahren,

3. einen CD-Player und Videorecorder sein eigen nennen und

4. eine gefegte Fabrik, bunte Reklame in den Straßen und gestrichene Häuser.

Dies waren die wichtigsten materiellen Träume der DDR-Bürger 1989 zu Weihnachten.

Das Pöhl-Modell wollte auf eine Währungsunion 1:1 verzichten, die ja einer Aufwertung der Ostmark auf 440 % bedeutete. Die diskutierte Alternative war eine konvertible DDR-Mark mit einer allmählichen Kursangleichung, so hätte der Binnenmarkt und ein Großteil der Wirtschaft weiter existieren können.

Mit einem Startumtausch hätten die vier Wünsche vielleicht erfüllt werden können. Und die Anhebung des Lebensstandards wäre danach durch eine allmähliche Währungsangleichung vollzogen worden.

Ich kann nicht beurteilen, ob es wirklich eine reale Alternative gegeben hat. Ich bin mir soweit sicher, daß für einige Fragen, wie Eigentum, Altschulden, aber auch den Verwaltungsaufbau andere Lösungen bestanden haben, die zu einer schnelleren selbsttragenden Entwicklung beigetragen hätten.

Ich bin mir in einem jedoch ziemlich sicher: Was wir an Wandel in Ostdeutschland erlebt haben und erleben, ist wie ein kleiner Laborversuch zu dem, was uns angesichts der Globalisierungserfordernisse weltweit an Transformation in Ost und West, Nord und Süd noch bevorsteht. Auch hier werden wieder die gleichen Fragen gestellt: nach Eigentumsrechten, Schulden, Innovationen, Regionalisierungen der Wertschöpfung und Solidarität.

Auch hier besteht die Gefahr, daß viele Menschen noch stärker in eine „Schattengesellschaft“ abgedrängt werden, wenn entsprechende Antworten ausbleiben. Dies gebe ich zu bedenken, wenn die heutige Anhörung zukunftsweisend sein soll. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Ich danke Ihnen. Herr Dr. Buck bitte.

Dr. Hannsjörg F. Buck: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich kehre als letzter Referent dieser Runde zu dem von Frau Dr. Cornelsen eingeleiteten Thema zurück und zwar zur Wahrnehmung der DDR-Wirtschaft in der westdeutschen DDR-Wirtschaftsforschung. Doch zunächst möchte ich eine Bemerkungen zu meiner bisherigen beruflichen Tätigkeit und meinem wissenschaftlichen Werdegang machen.

Ich bin 1978 in das Gesamtdeutsche Institut als wissenschaftlicher Referent eingetreten und habe 1982 die Leitung des in der Abt. 2 befindlichen Referates für Wirtschaft, Sozialwesen, Finanzen und Umwelt übernommen. In den 70er Jahren habe ich Forschungsaufträge der Deutschen Forschungsgemeinschaft

und des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen bearbeitet, die sich im wesentlichen mit Themen des Vergleichs alternativer Wirtschaftssysteme befaßten. Zuvor war ich von 1963 bis 1973 wissenschaftlicher Referent im damaligen wissenschaftlichen Beirat des innerdeutschen Ministeriums, der damals noch Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands hieß. Dies war ein Planungsstab, der einzige in der Geschichte der Bundesrepublik bestehende Planungsstab, der sich im Auftrag der Bundesregierung seit 1952 damit beschäftigen sollte, die Vorbereitungen für eine irgendwann einmal mögliche Wiedervereinigung zu treffen. Er wurde 1973 bis 1975 aufgelöst.

So, jetzt komme ich zu meinem heutigen Statement.

Ein gutes halbes Jahr nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland gab Mitte Mai 1991 der damalige Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, Helmut Schlesinger, ein Zeitungsinterview. In diesem wurde er befragt, welche Ursachen der dramatische Zusammenbruch der Wirtschaft der ehemaligen DDR nach der Errichtung der Währungs- und Wirtschaftsunion (1. Juli 1990) habe und ob die Bundesbank auf dieses Desaster vorbereitet gewesen sei?

Seine Antwort lautete:

„Wir sind von falschen, zu positiven Vorstellungen über die tatsächliche Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft ausgegangen“. Und sinngemäß sagte er weiter: In der Zeit vor der Währungsunion habe die Bundesbank „zu wenig“ über die Schwächen der DDR-Wirtschaft und über deren unzulängliches Selbstbehauptungsvermögen unter den Wettbewerbsbedingungen des Weltmarktes „gewußt“. Und abschließend sagte er: „Und was wir wußten, war nicht richtig“.

Zwei Fragen stellen sich mir nach diesem Eingeständnis noch heute. Ich habe darauf noch keine Antwort bekommen:

1. Weshalb hat die Leitung der Bundesbank (Präsidium, Zentralbankrat) so wenig über die wahre Lage der DDR-Wirtschaft in den 80er Jahren gewußt?

2. Woher stammten diejenigen Informationen über den Zustand der DDR-Wirtschaft, welche nach Schlesingers Eingeständnis nachweislich falsch – d. h. konkret betrachtet – offenkundig geschönt waren?

Ich werde im folgenden nachweisen, daß diese unzureichenden Kenntnisse der Leitung der Deutschen Bundesbank und der von Führungspersönlichkeiten anderer politischer Kommandohöhen der früheren Bundesrepublik nicht dadurch hervorgerufen wurden, daß die ernstzunehmende westdeutsche DDR-Wirtschaftsforschung versagt hat und ihrer Politikberatungsaufgabe nicht nachgekommen ist.

Ich möchte auch die These nachdrücklich aufstellen, daß die wissenschaftlich qualifizierten und als Fachexperten ausgewiesenen Wirtschaftsforscher in der Bundesrepublik, die sich der Analyse des Forschungsobjekts „DDR-Wirtschaft“ widmeten, sich an einer Schönfärberei der sowjet-sozialistischen Kommandowirtschaft nicht beteiligt haben, selbst wenn ihre Ergebnisse, wie Herr Professor Schneider hier eben vorgetragen hat, in einigen Punkten heute der Korrektur bedürfen. Sie sind auch nicht für in den 70er und 80er Jahren vorgekommenen Fehleinschätzungen der DDR-Wirtschaft durch einzelne westdeutsche Journalisten und Politiker verantwortlich.

Ich möchte dies jetzt belegen. Ich gehe nicht auf die Arbeitsbedingungen der DDR-Wirtschaftsforschung ein, weil Frau Dr. Cornelsen darauf schon eingegangen ist.

Ich möchte jetzt an drei Beispielen, die sich auf meine ehemaligen Forschungsergebnisse beziehen, nachweisen, daß diese von mir eben aufgestellten Thesen berechtigt sind. Im Jahre 1983 legte im Auftrag des Forschungsseminars Radein Professor Gutmann ein Sammelwerk von 18 Autoren über die „Wirtschaftspolitischen Gestaltungs- und Funktionsprobleme des Wirtschaftssystems der DDR“ vor. Für dieses Buch schrieb ich einen Beitrag über die „Forschungs- und Technologiepolitik der DDR“, in dem ich auf empirischer Grundlage auch eine eingehende Bewertung der Innovationsergiebigkeit der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der DDR-Staatsunternehmen und der ostdeutschen Erfinder vornahm.

Diese Analyse erbrachte folgende Ergebnisse:

1. Patentausbeute der DDR-Wissenschaft und -Wirtschaft und internationale Neuheitsqualität und Exportwert von DDR-Erfindungen:

   Von den rund 42.470 Patenten, die vom Patentamt in Ost-Berlin im Zeitraum von 1970 bis 1980 inländischen Antragstellern erteilt wurden, hatte die Wirtschaftsführung der DDR selbst nur 15 % ausgewählt, um sie dem Münchener Patentamt zur Prüfung und Anerkennung einzureichen. 85 % der von ihr gewährten Patent-Zertifikate billigte sie selbst international keine Erfolgschance zu.

   Von diesen 15 % Auslese-Erfindungen erhoffte Ost-Berlin, daß ihre Vermarktung im Westen möglicherweise höhere Devisenerträge einbringen könnten als zunächst an Gebühren aufgewendet werden mußten, um in München die begehrten Patent-Schutzrechte gewährt zu bekommen.

   Von diesen rund 6.000 angemeldeten Erfindungen hat jedoch wiederum das Münchner Amt während der Jahre 1971 bis 1980 nur 18 % mit einem Patent belohnt und den DDR-Antragstellern die begehrten Schutz-, Nutzungs- und Ausschließungsrechte im Wirtschaftsgebiet der Bundesrepublik und der EU gewährt.

   Gemessen an der Zahl der DDR-Antragstellern im Inland im Zeitraum von 1974 bis 1980 erteilten Patente betrug die Ausbeute von DDR-Erfindern

beim Britischen Patentamt in London nur 3 % der von Ost-Berlin anerkannten Inlandsproduktion an Patenten.

Hieraus folgte bereits zu Beginn der 80er Jahre:

Erstens: Die internationale Neuheitsqualität und der Exportwert von DDR-Patenten im ersten Jahrzehnt der Honecker-Mittag-Ära wurde selbst von der DDR-Wirtschaftsführung als sehr gering eingeschätzt.

Zweitens: Von dieser DDR-Auslese an Patenten wiederum sprach das Deutsche Patentamt in München 82 % aller im Zeitraum von 1971 bis 1980 angemeldeten DDR-Erfindungen einen internationalen Neuheitswert ab und verweigerte demgemäß diesen die Zuerkennung von Patentrechten.

Die Untersuchung bewies somit, daß die DDR nur in sehr geringem Maße neues Wissen auf Weltniveau produzierte, welches devisenträchtig an westliche Industriewirtschaften verkauft werden konnte.

2. Zur Breitennutzung von punktuellen Vorbild-Innovationen in der DDR:

   Die Ausbreitungs- oder Diffusionsgeschwindigkeit von technischen Neuerungen ist für alle Industriewirtschaften eine wichtige Triebkraft zur Modernisierung der Produktionsanlagen und für die Erschließung neuer Wachstumsreserven.

   Meine Untersuchungen ergaben damals jedoch, daß in der DDR von dem insgesamt pro Jahr erwirtschafteten Nutzen aus Neuerer- und Erfinderleistungen lediglich 4-5 % durch die Nachnutzung von Vorbild-Innovationen erzielt wurden. Die Diffusionserträge durch mehrmalige Nutzung von Neuererleistungen waren somit verschwindend gering.

   Daraus folgte, daß damals z. B. Verfahrensverbesserungen in der Produktion zumeist nur zu isolierten Rationalisierungserfolgen führten. Diese Tatsache ist übrigens heute morgen auch durch die Kombinatsdirektoren hier bestätigt worden. Ihr Vorbild hatte in der Regel keine Breitenwirkung auf das Ansteigen der Produktivität der Wirtschaft der DDR insgesamt.

3. Zur Effizienz der F&E-Aufwendungen in der DDR:

   Ein Kosten-Nutzen-Vergleich zwischen den Ausgaben des Staates und der Wirtschaft der DDR für Forschung und Entwicklung (F&E) einerseits und den Gelderträgen aus der Nutzung von patentfähigen Erfindungen andererseits ergab folgendes katastrophale Ergebnis.

   In den neun Jahren von 1972 bis 1980 mußten Staat und Wirtschaft in der DDR jeweils eine Mark (Ost) aufwenden, um im Durchschnitt einen Nutzen aus der Verwertung von Erfindungen in Höhe von 7 Pfennig zu erreichen. Der erzielte Erfindernutzen durch die Verwertung von neuen Patenten in der Produktion der DDR-Wirtschaft betrug in den 70er Jahren nicht einmal ein halbes Prozent des jährlich produzierten Nationaleinkommens.

Resümee:

Es kann also keine Rede davon sein, daß die westdeutsche DDR-Wirtschaftsforschung nicht genügend fundierte Analysen über die unzureichende internationale Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Wissenschaft und DDR-Wirtschaft im Wettstreit der Systeme um die effizienteste Produktion neuer Technologien vorgelegt hat. Dabei war meine Analyse nur eine von zahlreichen weiteren Untersuchungen westdeutscher Wirtschaftsforscher in den 70er und 80er Jahren. Über die unausrottbare, systembedingte Innovationsschwäche der DDR-Wirtschaft, ihre Ursachen und Folgen sind in den 70er und 80er Jahren eine beachtliche Zahl von wissenschaftlichen Studien in Westdeutschland vorgelegt worden.

Es wäre ja auch geradezu absurd gewesen, und da knüpfe ich an Herrn Professor Burrichter an, wenn die westdeutsche DDR-Forschung nicht akribisch den Produktionsumfang und die Qualität der Wirtschafts-, Natur- und Technikwissenschaften der DDR untersucht hätte, nachdem die Partei- und Staatsführung der DDR in den 60er Jahren die „Wissenschaft zur wichtigsten Produktivkraft“ erhoben hatte.

Ich gehe auf ein weiteres Beispiel ein: Wie mußte man die internationale Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Außenwirtschaft auf dem westlichen Weltmarkt und dem innerdeutschen Markt einschätzen?

In einem 1987 verfaßten Buchbeitrag über den „Innerdeutschen Handel“ habe ich über die Exportleistungsfähigkeit der DDR-Industrie folgendes Resümee gezogen:

„In der westlichen Welt ist der zwischenstaatliche Handel zwischen hochindustrialisierten Volkswirtschaften dadurch gekennzeichnet, daß zwischen ihnen überwiegend stark veredelte technische Erzeugnisse mit einem günstigen Masse-Leistungs-Verhältnis ausgetauscht werden (= intelligenzintensive industrielle Verbrauchs- und Investitionsgüter mit einem hohem Gebrauchswert). Diese Strukturkomponente ist das Ergebnis eines jahrzehntelangen internationalen Konkurrenzkampfes. Das Ringen um die Erhaltung alter und die Eroberung neuer Absatzmärkte [...] ist seit langem schon in erster Linie ein Wettbewerb um die besseren wissenschaftlich-technischen Leistungen. [...]

Die Struktur der im Innerdeutschen Handel jeweils bezogenen oder gelieferten Erzeugnisse entspricht nicht dem in der Bundesrepublik und dem in der DDR erreichten industriell-technischen Entwicklungsstand der beiden Volkswirtschaften. Gemessen an der Struktur der Handelsströme aufgeteilt nach Erzeugnisgruppen und Handelsgütern ähnelt der innerdeutsche Handel weitgehend dem Außenhandel zwischen zwei Entwicklungsländern. [...]

1985 machte der Wert der von der Bundesrepublik bezogenen Investitionsgüter nur einen Anteil von 11,6 % des Gesamtvolumens der DDR-Lieferungen aus. Unter diesen Lieferungen erreichten im gleichen Jahr die Erzeugnisse der Maschinenbauindustrie nicht einmal einen Anteil von 3 %. [...]

Der Absatz von feinmechanischen und optischen Erzeugnissen lag im gesamten Untersuchungszeitraum unter 1 % des Wertes aller Bezüge. An Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten aus der DDR fanden westdeutsche Kunden ebenfalls keinen Gefallen. Die minimalen Umsätze bei diesen Produkten erreichten in den letzten sechs Jahren von 1981 bis 1986 nicht einmal ein halbes Prozent des Wertes der ins Bundesgebiet und nach Berlin West verfrachteten DDR-Waren.

Im Gegensatz zu dieser deutlichen Lieferschwäche bei Maschinen, Geräten und bei Produkten der Elektrotechnik und Elektronik war bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges das Wirtschaftsgebiet der heutigen DDR eine Hochburg der deutschen Maschinenbau-, Büromaschinen- und Elektroindustrie. Die hochwertigen Erzeugnisse dieser Region waren im gesamten Reich und im Ausland sehr gefragt. [...]".

Die hier vorgetragenen abgesicherten Fakten sprechen eine eindeutige Sprache. Sie ließen keinen Raum für rosarot gefärbte Einschätzungen des technologisch-ökonomischen Leistungsniveaus der DDR-Industrie. Sie belegten eindeutig die bis dahin, und zwar in der ersten Hälfte der 80er Jahre, bereits eingetretene gigantische „technologische Lücke" zum Westen. Zugleich waren sie ein unzweideutiger Maßstab für die geschwundene Exportleistungskraft der DDR-Wirtschaft im Vergleich zu der der führenden Industriewirtschaften der westlichen Welt. Darüber hinaus beweisen sie auch, daß ein rechtzeitiges Zur-Kenntnisnehmen dieser Fakten vor 1990 ein „verwundertes Augenreiben" über den schnellen Zusammenbruch der DDR-Industrieunternehmen hätte ersparen können.

Ich komme zu einem letzten Beispiel und dann zum Schluß.

Damit knüpfe ich an, an das, was Herr Dr. Volze bereits über unsere Recherchen zur Devisenverschuldung der DDR bei den westlichen Industriestaaten, also bei den OECD-Ländern, und ihren Auswirkungen auf die Binnenwirtschaft gesagt hat.

Ich habe 1979/80 einen Artikel veröffentlicht in dem ausgeführt wird:

„Die ungenügende Absorptionsfähigkeit vor allem der kleinen RGW-Länder zur Verkraftung von Preissprüngen auf den internationalen Rohstoffmärkten und die bisher nicht überwindbare Schwäche bei dem Bemühen, die Westexporte zu steigern, haben zusammengenommen z. B. der DDR in wenigen Jahren eine drückende Schuldenlast aufgebürdet. So hat sich die Nettoverschuldung gegenüber dem Westen in den Jahren von 1974 bis 1978 von 3,6 Mrd. US-Dollar auf rd. 7,3 Mrd. US-Dollar erhöht. Geht man von einer Verzinsung von durchschnittlich 7 % aus, so muß die DDR heute für ihre Auslandsschulden von netto rd. 7 Mrd. US-Dollar ihren Gläubigern im Westen jährlich rund 900 Mio. DM (West) an Zinsen bezahlen. Diese Verdoppelung des Schuldenberges in nur vier Jahren hat dazu geführt, daß die DDR-Regierung bereits 1977 mehr als 50 % ihrer Ausfuhrerlöse in konvertierbaren Währungen aus

Warenexporten und der Vergabe von Lizenzen für den Schuldendienst (Verzinsung und Tilgung) aufbringen mußte.“

Und abschließend heißt es dann:

„Legt man die Bonitäts-Kriterien des Internationalen Währungsfonds (IWF), der eine Schuldendienstquote von 25 % bereits als 'kritische Marke' für ein Land in roten Zahlen wertet, der Beurteilung der Schuldnerposition der DDR gegenüber dem Westen zugrunde, so hat sie bereits 1977 diese Negativposition mit 100 % übererfüllt“.

In der Arbeitsgruppe, die von Herrn Dr. Volze geleitet wurde, Arbeitskreis DDR-Verschuldung, wir nannten das unser „Verschuldungskränzchen“, habe ich die Aufgabe zugewiesen bekommen, möglichst exakt die Schuldenlast, den Schuldendienst, also Tilgung und Verzinsung der Hartwährungskredite, die Schuldendienstquote und die vorhandene oder verlorengegangene Kreditwürdigkeit der DDR annähernd zutreffend zu ermitteln. Und dafür benötigte man folgende Informationen:

1. die möglichst exakte Höhe der Nettoverschuldung der DDR bei den Banken der OECD-Länder (= Berichtsgebiet der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel/BIZ);

2. den „Währungskorb“ der aufgenommenen Bankkredite; d. h. in welcher prozentualen Zusammensetzung hat die DDR Kredite in Dollar, DM, Schweizer Franken und in sonstigen Währungen aufgenommen. Diese Kenntnis war unumgänglich, um möglichst exakt die Zinsbelastung der DDR zu ermitteln;

3. die Struktur der Laufzeit der insgesamt aufgenommenen Kredite (dabei waren Fristigkeiten von 3 Monaten bis zu 5 Jahren zu beachten). Die Ermittlung der Fristigkeit der DDR-Kredite war dabei nicht nur entscheidend für die Ermittlung der Zinslasten, sondern auch für die Feststellung der fälligen Tilgungen; und letztlich

4. die Höhe der zu zahlenden Zinsen in Abhängigkeit von der Kreditvertrags-Währung, der Laufzeit der Kredite und den zeitlichen Schwankungen der Zinshöhe auf den westlichen Geld- und Kapitalmärkten.

Über die Deutsche Bundesbank erhielt ich Zugang zu den internen Informationssammlungen der BIZ in Basel. Sie hatte tatsächlich Anfang der 80er Jahre erstmals einen „Währungskorb“ zusammengestellt, dem man die Struktur der Kreditaufnahme der europäischen RGW-Staaten getrennt nach den von ihnen bevorzugten Kreditaufnahmewährungen entnehmen konnte. Außerdem hatte sie brauchbare Tabellen über die Laufzeiten der von den RGW-Staaten aufgenommenen Kredite erstellt. Daraus ergab sich z. B., daß die DDR im Westen Anfang der 80er Jahre in über 40 % der Fälle nur Kredite mit einer Laufzeit von 6 Monaten und darunter aufgenommen oder eingeräumt erhalten hatte.

Unseren Recherchen kam ferner zugute, daß die Baseler Bank Anfang der 80er Jahre ihr weltweites Meldenetz über die Kreditvergabe der Banken der OECD-Staaten beträchtlich komplettiert hatte, so daß es nur noch wenige Erfassungslücken gab.

Damit waren alle Informations-Voraussetzungen vorhanden, um die Bonität oder den noch vorhandenen Grad der Zahlungsfähigkeit der DDR zu ermitteln.

Das Ergebnis war erschreckend. Der SED-Staat stand am Abgrund der Zahlungsunfähigkeit.

Die „Schuldendienstquote“ der DDR lag 1977 nicht, wie von mir noch 1979 aufgrund unzulänglicher Bankstatistiken ermittelt, zwischen 50-60 %, sondern bereits in diesem Jahr bei 144 %. Bis 1980 kletterte diese Quote auf 168 % und erreichte 1981 und 1982 Spitzenwerte von 190 % und 183 %.

Daraus folgte, daß 1981/82 die konkreten Zins- und Tilgungsverpflichtungen der DDR gegenüber dem Westen fast doppelt so hoch waren wie die gesamten Devisenerlöse aus dem Westhandel.

Die DDR konnte streng genommen Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre keine Westimporte mehr aus eigener Kraft bezahlen, und zwar weder Investitionsgütereinfuhren zur Modernisierung ihrer weitgehend verschlissenen Produktionsanlagen noch Konsumgüter zum Stopfen von Versorgungslücken.

Diese Lage des SED-Staates am Abgrund der Zahlungsunfähigkeit in Verbindung mit den gewaltig angestiegenen außenwirtschaftlichen Belastungen im Ost- oder RGW-Handel erklärte maßgebend auch alle bis dahin von der SED-Wirtschaftsführung ergriffenen und dann von ihr in den Folgejahren unternommenen verzweifelten wirtschaftspolitischen Rettungsversuche. Damit komme ich zum Schluß.

In den elf Jahren von 1980 bis 1991 hat das Wirtschaftsreferat des Gesamtdeutschen Instituts 73 Analysen zur Wirtschafts-, Außenhandels,- Verkehrs- und Sozialpolitik der DDR, zur Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands, zur Energiewirtschaft und zur Umweltpolitik der DDR-Regierung sowie zur Umweltverwüstung jenseits der Elbe vorgelegt. Diese Analysen wurden als „Manuskriptdrucke“ in einer Auflage zwischen 50 bis 200 Exemplaren hergestellt. Alle Aufklärungs- und Politikberatungsstudien wurden umgehend nach ihrer Fertigstellung entsprechend einem mit dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Frau Dr. Marlies Jansen sitzt da oben, mit ihr wurden die Verteiler nämlich damals abgestimmt), abgestimmten Verteiler an das Kanzleramt, an interessierte Bundesministerien (je nach fachlicher Zuständigkeit), an den Deutschen Bundestag und seinen wissenschaftlichen Dienst, an einzelne Bundestagsabgeordnete (auf Anfrage), an Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft und an befreundete DDR-Forschungsinstitute versandt.

Die Deutsche Bundesbank, und damit komme ich zum Schluß, wurde bei dieser Informationsversorgung besonders gut beliefert, denn sie erhielt jede brandneue Studie in zwei bis vier Exemplaren auf dem Direktwege zugesandt.

Auch die „Forschungsstelle für gesamtdeutsche, wirtschaftliche und soziale Fragen“ in Berlin, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin und das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg haben alle Forschungsergebnisse von größerem Gewicht und sämtliche bedeutsamen Gutachten und Veröffentlichungen zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR der Leitung der Deutschen Bundesbank zugeleitet.

Die Deutsche Bundesbank hätte also bei einer sorgfältigen Verarbeitung der angebotenen Forschungsergebnisse nicht so ahnungslos sein müssen, wie sie sich dann Mitte 1991 dargestellt hat.

Meine Damen und Herren, einige von Ihnen werden die zeitlose Erkenntnis Goethes kennen, die er einst seinem Sekretär und Vertrauten Eckermann in einem seiner posthum berühmt gewordenen „Gespräche“ mitgeteilt hat: „Man sagt, daß Zahlen nicht die Welt regieren, aber eines weiß ich mit Sicherheit, daß Zahlen zeigen, wie die Welt regiert wird“.

Die ernstzunehmende westdeutsche DDR-Wirtschaftsforschung hat nach meiner Überzeugung jahrzehntelang trotz aller Informationssperren und trotz aller Täuschungsmanöver bewiesen, wie die SED die DDR regiert hat. Ich danke für's Zuhören.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Als Statthalter der Zeit muß ich darauf hinweisen, wenn ich jetzt die Überziehungen jeweils von der Diskussionszeit abziehen würde, hätten wir nur noch gut 20 Minuten. Ich bitte aus diesem Grund, wenn wir die Überziehung nicht eskalieren lassen wollen, daß wir das durch Straffung der Fragen vielleicht versuchen auszugleichen. Herr Dr. Jork bitte.

Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Frau Cornelsen hat uns mitgeteilt, daß man auf die Statistik nicht hereingefallen ist. Diese Feststellung erscheint erst recht nach den anderen Vorträgen schillernd. Mich hätte von ihr interessiert (vielleicht kann uns das auch Herr Buck beantworten): An welcher Stelle würden Sie denn den Stand der DDR-Volkswirtschaft einschätzen, wenn wir davon ausgehen, daß man ja doch geglaubt hat, daß die DDR den 10. Platz in der Weltliste einnahm?

Eine zweite Frage: Es ist gesagt worden, daß Schutzmaßnahmen den Niedergang der DDR-Wirtschaft hätten verhindern können. In dem Sinne habe ich das jedenfalls verstanden. Meine Frage in dem Zusammenhang an Herrn Dr. Artzt und Herrn Professor Schneider: Hat der Gedanke unter dem Blickwinkel noch Sinn, daß am 1. Juli 1990 ziemlich abrupt die Währungsunion kam, und daß wir dann spätestens im September gemerkt haben, daß der Ostmarkt völlig abgebrochen war? Danke.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Ich würde vorschlagen, daß Sie, Herr Dr. Jork, vielleicht ganz kurz in einem Stichwort, damit Frau Dr. Cornelsen gegenüber den drei anderen Angesprochenen eine gleichwertige Chance hat, die Frage noch einmal wiederholen.